

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Gumpel, Magdeburg. Verantwortlich für die Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Eduard Schönbauer, Magdeburg. Druck von Franz Schönbauer, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schreibortstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Einzelheft beträgt 2 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 250 Pf. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. des Abonnementslohn) sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anzeigengebühren die fünfzehntägige Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779

Nr. 147.

Magdeburg, Dienstag, den 27. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Die Arbeit des Reichstags.

Die Reichstagsession ist nur vertagt worden. Den Abschluß der Verhandlungen hat die erste Beratung derjenigen Vorlage gebildet, welche in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstags am 6. Dezember als besonders wichtig und dringlich in den Vordergrund gehoben wurde, nämlich die Zuchthausvorlage. Aber gerade diese Vorlage ist mit wenigen Wochen vor der letzten Sitzung an den Reichstag gelangt.

Außer dieser Zuchthausvorlage gehen von wichtigeren Gesetzen als unerledigt in demjenigen Stadium der Verhandlungen, in dem sie sich befinden, auf den im November beginnenden zweiten Abschnitt der Session über die drei Postgesetze. Unter denselben sind das Hauptgesetz mit den Nebenbestimmungen im Postwesen und den Bestimmungen über die Privatposten ebenso wie die Gebührenordnung für das Fernsprechwesen nach Abschluß der Kommissionsberatung bereits reif für die Plenarberatung, und können ebenfalls im November sogleich zur zweiten Beratung gestellt werden. Dasselbe ist der Fall in Bezug auf die Gewerbenovelle. Ebenfalls sind in den Kommissionsberatungen erledigt die Justizvorlagen der Regierung einschließlich des Antrages Rintelen, welcher in der Hauptsache die früheren Vorlagen der Regierung zur Strafsprockordnung und Gerichtsorganisation wieder aufgenommen hat. Ob aber von allen diesen Justizgesetzen im November irgend etwas zu Stande kommt, ist nach den Kommissionsbeschlüssen sehr zweifelhaft. Unverkennbar begraben scheint das Fleischschaugegesetz zu sein.

Von den in der Thronrede am 6. Dezember angekündigten Gesetzen ist dasjenige über die Patentanwälte noch nicht eingebracht worden. Ebenso ist der im Laufe der Session angekündigte Gesetzentwurf der Postverwaltung über den Checkverkehr noch nicht eingebracht worden. Der Gesetzentwurf über das Telegraphenwegerecht ist nur bis zur Ueberweisung an die Kommission gelangt.

Dieser erste Abschnitt der Session bis zur Vertagung hat 6 1/2 Monate gedauert. Freilich fallen in diesen Zeitraum die Weihnachtsferien, die Osterferien und die Pfingstferien, welche zusammen 63 Tage umfaßt haben. Bringt man diese mit 2 Monaten in Abzug, so standen ungefähr 4 1/2 Monate oder 135 Tage dem Reichstage zur Verfügung. Aber auch hier von sind noch über 20 Sonntage und Feiertage in Abzug zu bringen. Da nun der Reichstag in dieser Tagung 99 Plenarsitzungen abgehalten hat, so ergibt sich daraus, daß an Werktagen fast täglich eine Plenarsitzung stattgefunden hat. Wenn dieselbe an einzelnen Tagen ausfiel, so geschah es nur, um den Kommissionen mehr Zeit zum Arbeiten zu lassen. Zahlreiche Kommissionen haben aber auch an den Tagen mit Plenarsitzung vormittags bis 1 Uhr getagt.

Daß trotz dieser nahezu 100 Sitzungstage nicht mehr erledigt ist, als geschehen, hat zwei Gründe. Einmal hat die Palastreise die Vorbereitung der Vorlagen verzögert, so daß manche derselben in einem zu späten Stadium an den Reichstag gelangten. Außerdem hat der Reichstag den Fehler begangen, in zu großem Umfang Vorlagen an die Kommission zur Vorberatung zu überweisen. Dadurch ist es gekommen, schreibt die Freisinnige Zeitung, daß es dem Reichstag in einzelnen Zeitabschnitten an Beratungsstoff für das Plenum fehlte, weil alles noch in Kommissionen steckte. Um die Plenarsitzungen nicht ausfallen zu lassen und die Mitglieder möglichst in Berlin festzuhalten, sind die Plenarsitzungen in größerem Umfang als früher mit Initiativtrügen und Interpellationen ausgefüllt worden, und zwar vielfach über solche Gegenstände, welche dringliche Zeitfragen nicht betrafen. Es sei nur in dieser Beziehung erinnert an die Verhandlungen über ein Schächtverbot über das Weingesez.

Die Etatsberatung beanspruchte im ganzen 34 Sitzungen, von denen 4 auf die erste Lesung vor Weihnachten, 28 auf die zweite und 2 auf die dritte Lesung entfielen. Der Etat des Reichsamt des Innern nahm darunter 7 Sitzungen in Anspruch, der Militäretat 6 Sitzungen, die Postverwaltung 3 1/2, usw. Dabei sind aber eingerechnet die zweite und dritte Beratung des Reichsmilitärgesetzes. Dieses neue Quinquennalsgesetz war vor Ostern der Mittelpunkt des Interesses des Reichstags. Es schien auch eine Weile, als ob die Abminderung der Präsenz-erhöhung in dieser Vorlage zu einer Auflösung des Reichstags hätte führen können.

Neben der Erhöhung des Militäretats, welche aus dem neuen Quinquennalsgesetz folgt, und Erhöhungen des Marineetats auf Grund des vorjährigen Flottengesetzes sind insbesondere in dieser Session weit mehr Mittel für Kolonialzwecke in An-

spruch genommen worden als zu einer früheren Zeit. Abgesehen von den 8 1/2 Millionen Mark für Kiautschou ist hinzugekommen ein Reichszuschuß für Neuguinea, eine erhebliche Erhöhung der Zuschüsse für Ost- und Westafrika infolge der unternommenen Eisenbahnbauten. Dazu kommt nun noch die am Donnerstag vom Reichstag genehmigte Erwerbung der Karolinen usw.

An größeren Gesetzen sind in diesem ersten Teile der Reichstagsession zur Verabschiedung gelangt das neue Invalidenversicherungsgesetz. Dazu ist gekommen die Novelle zum Reichsbankgesetz, welche für einen neuen Abschnitt von 10 Jahren die bisherigen Grundlagen der Reichsbank in der Hauptsache bestätigt, unter Erhöhung des Grundkapitals, der steuerfreien Notenreserve und des Gewinnanteils des Reiches. Endlich ist noch zu erwähnen das Hypothekbankgesetz, durch welches zum erstenmal die Rechtsverhältnisse dieser Bankinstitute in ganz Deutschland einheitlich geregelt werden.

Politische Tagesrundschau.

Der Reichstagsabgeordnete Agster hat sein Mandat niedergelegt. Sein Zustand verschlechterte sich von Tag zu Tag, so daß die Niederlegung des Mandats niemand unerwartet kommt. Der neunte badische Reichstagswahlkreis Ettlingen-Durlach-Pforzheim wurde bei der vorjährigen Wahl zum erstenmal für die sozialdemokratische Partei gewonnen. Im ersten Wahlgang erhielten wir 10380 Stimmen, der nationalliberale Kandidat 7272, der Centrumskandidat 4254, ein konservativer Kandidat 1509 Stimmen. In der Stichwahl siegten wir mit 12972 gegen 10530 gegnerische Stimmen. Wir hoffen, daß uns der Wahlkreis erhalten bleibt.

Die Reichstagsersatzwahl im 8. sächsischen Wahlkreise ist auf den 12. Juli anberaumt. Die Wahl erfolgt auf Grund der alten Listen. Dieses Verfahren ist unzulässig. Die Reichsverwaltung hat früher entschieden, daß unter allen Umständen bei der Vornahme von Ersatzwahlen, wenn ein Jahr seit der Hauptwahl verlossen ist, neue Wählerlisten angefertigt werden müssen. Da nun bei der in Frage stehenden Wahl ein Jahr verlossen ist, hat die sächsische Regierung den Wahltermin aufzuheben und neue Wählerlisten anzufertigen. Wird diesem Verlangen nicht stattgegeben, so wird auch diese Wahl für ungültig erklärt werden müssen.

Das unseren Lesern bekannte, auch in den letzten Reichstags-Debatten angezogene Urteil des Berliner Landgerichts über das sächsische Oberlandesgericht, das in einem gegen Genossen Jacobey vom Vorwärts gefällt wurde, wird von der amtlichen Leipziger Zeitung einer Betrachtung unterzogen, die der Rechtspredung des Oberlandesgerichts gegen die Sozialdemokratie zu Hilfe zu kommen sucht. Was das sächsische Blatt dabei leistet, ist so ziemlich der Gipfel der Sozialdemokratie. Es wird zunächst die Behauptung aufgestellt, die in allen Scharfmachertreffen traditionell ist, die Sozialdemokratie verfolge „mit verbrecherischen Mitteln verbrecherische Zwecke.“ Alsdann wird wörtlich erklärt:

Jede einzelne Lebensäußerung dieser Partei steht daher im Dienste dieses verbrecherischen Zwecks, dem die staatliche Gerechtigkeit entgegenzutreten muß, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Nicht „minderes Recht“ haben die Anhänger dieser Partei vor Gericht zu genießen, sondern dasselbe Recht, dem jeder zu unterstellen ist, der denselben verbrecherischen Zweck mit denselben verbrecherischen Mitteln betreibt. Ob das Mittel im einzelnen Falle ein verbrecherisches oder an sich erlaubtes, z. B. die Herausgabe eines Flugblattes oder die Veranstaltung einer Sammlungsaktion, ändert nichts an dem Endzweck: dem Umsturz des Staates mit gewalttätigen Mitteln. Jede einzelne Handlung der Partei, auch die an sich erlaubte, steht im Dienste des verbrecherischen Endzwecks und muß daher von Rechtswegen als ungesetzlich verfolgt werden. Der Berliner Gerichtshof scheint dieser Meinung nicht zu sein; wir werden sie trotz seines Rechtspruchs auch ferner für die richtige halten. Selten ist die Proklamation des zweierlei Recht so deutlich ausgesprochen worden.

Unter der Ueberschrift „Kundgebung der Wünsche und Beschwerden der Beamten in der Presse“ zirkuliert gegenwärtig, wie der Berliner Volkszeitung mitgeteilt wird, in den Bureaus verschiedener Behörden ein Ministerialerlaß, welcher zur sorgfältigen Beachtung in Erinnerung gebracht wird. Er hat folgenden Wortlaut:

Es hat leider mehrfach die Wahrnehmung gemacht werden müssen, daß Beamte sich soweit vergessen haben, ihre Wünsche oder Beschwerden durch Kundgebungen in der Presse, statt auf dem durch die Dienstordnung vorgeschriebenen Wege zu verfolgen. Daß Beamte sich damit eines sehr schweren Dienstvergehens schuldig und des Ansehens und Vertrauens unwürdig machen, welches ihr Beruf erfordert, scheint nicht überall zum genügenden Bewußtsein gekommen zu sein. Im Interesse der Disziplin und der öffentlichen Autorität veranlasse ich Em. zc. gegen Vorkommnisse solcher Art in der dortigen Verwaltung scharf und nachdrücklich disziplinarisch einzuschreiten, zur Ermittlung der Schuldigen, wenn nötig, auch die zuständige Polizeibehörde in Anspruch

zu nehmen und die Herren Direktoren der betreffenden Ämter mit entsprechender Anweisung zu versehen. Bietet die Form oder der Inhalt des betreffenden Briefes dazu Anlaß, so wird außerdem strafrechtlich einzuschreiten sein.

Wir waren einen Tag lang geneigt, den Erlaß für die Erfindung eines Spötters zu halten. In der Presse aller Parteien begegnet er aber erst Beachtung, die sich zu begeisterter Zustimmung auswärts, soweit die Scharfmacherpresse in Betracht kommt. Und doch weiß man nicht, wie die Minister sich die Durchführung des Erlasses denken. Erstens sind es gerade die oberen Beamten, wie Professoren, Geistliche, Richter, Gymnasiallehrer zc., die sich, sowie Gehaltsaufbesserungen für sie in Frage kommen, lebhaft, zum Teil mit Namensnennung, für ihre Interessen ins Zeug gelegt haben. Sollen diese etwa diszipliniert oder künftig vor den Strafrichter gebracht werden, die Richter unter Umständen vor dem Richter? Die Minister werden den Gedanken weit von sich werfen. Zweitens soll etwa gegen die Ministerial-Geheimräte eingeschritten werden, die mit dem Zeitungs-Präsidenten an der Spitze eifrig die offiziellen Blätter bedienen und erst recht viele Beschwerden und Wünsche vorbringen? Das ist noch weniger anzunehmen. Also wird der Erlaß wohl an den Unterbeamten hängen bleiben, deren Wünsche und Beschwerden von der oppositionellen, besonders der sozialdemokratischen Presse vertreten werden. Es ist aber nicht abzusehen, daß die kräftigen Worte irgend eine Wirkung haben können. Die Presse schützt das Redaktionsgeheimnis und die Unterbeamten werden vor wie nach die Stellen zu finden wissen, wo man sich ihrer annimmt. Mit Straferlassen mißbilligt man nicht, sondern vermehrt nur die Unzufriedenheit und den verhaltenen Groll.

Das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts in Sachen des Ortsvorstehers Schulze in Nahmig, das die Pflichten der Beamten gegenüber der Sozialdemokratie „auch ohne Ausnahmegezet“ kennzeichnet und unseren Lesern noch in Erinnerung ist, wird in dem die Bekämpfung der Sozialdemokratie betreffenden Teile von dem Minister der öffentlichen Arbeiten den ihm untergeordneten Beamten zur Beachtung empfohlen. Zunächst werden also diejenigen Beamten, die etwa Hausbesitzer sind, dafür zu sorgen haben, daß den sozialdemokratischen Agitatoren, die darin wohnen, die Wohnung gekündigt wird. Es wäre dann aus den Taschen der deutschen Sozialdemokraten ein Fonds zu bilden, aus dem die beamteten Hausbesitzer für den Mietsverlust entschädigt werden. Auf diese Weise wäre es vielleicht möglich, die Sozialdemokraten durch sich selbst zu vernichten.

Höchst umstürzlerisch geberdet sich die sonst so staats-erhaltende Kölnische Zeitung in der Gothaer Landesvater-Affaire. Das rheinische Blatt macht den gotteslästerlichen Vorschlag, die englischen Erben aus Reichsmitteln abzufinden. Das deutsche Volk wäre, so meint die Kölnische Zeitung, sicherlich mit Freuden bereit, sich diesen Auskauf 20 Millionen Mark kosten zu lassen. Wie umstürzlerisch! Wenn die englischen Throninteressenten ihr angekauftes Erbgut gerecht hochhalten und den ihnen zukommenden Thron bestiegen, so sind sie Fürsten von Gottes Gnaden. Ist es nicht sündlich, mit solchen Dingen Geldgeschäfte in Verbindung zu bringen? Wie umstürzlerisch! Es fehlt nur noch der Vorschlag in irgend einem anderen nationalliberalen Blatte, die Stelle auszusprechen und dem Mindestfordernden zu übertragen, und das Maß ist voll!

Am 10. und 11. Januar d. J. wurde im Reichstage über die landbändlerische Interpellation verhandelt, welche die Fleischnot als eine „angebliche“ bezeichnete. Sämtliche agrarische Redner mit Einschluß des Herrn Baasche bestritten unter Anführung vielen Ziffermaterials eine Steigerung der Fleischpreise. Der Staatssekretär Graf Posadowsky führte aus, die Enquete habe ergeben, daß die Preis-schwankungen für Rindfleisch unerhebliche seien, dagegen sei „allerdings“ Schweinefleisch im Preise gestiegen, aber „nur unwesentlich“ gegen frühere Jahre. Nun enthält das soeben herausgekommene neue Statistische Jahrbuch für das deutsche Reich vergleichende Angaben über die Großhandelspreise für Schlachtvieh in Berlin aus den Jahren 1889 bis 1898. Daraus ergibt sich folgendes. Die Preise für Rinder waren 1898 nicht unbeträchtlich höher als in den beiden Vorjahren, standen aber ungefähr auf dem Durchschnittsniveau dieser zehnjährigen Periode. Dagegen sind die Preise für Kälber im Jahre 1898 weit aus die höchsten, die hier beobachtet wurden, ebenso die Hammelpreise, die nur in einem Jahre höher notierten. Das wichtigste ist jedoch, daß die Hauptorte der ärmeren Bevölkerung, das Schweinefleisch, lediglich im Jahre 1890 teurer war (1 D.-Gr. 115,7 Mark) als im Jahre 1898 (111,3 Mark). In den drei Vorjahren betragen die Notierungen: 90,1, 86,2, 105 Mark. Der Sprung war also ein ganz

gewaltiger, umso mehr als zu bedenken ist, daß er sich in einer Jahreszeit (im Herbst 1898) mit ganz anderer Spannung als in der Jahresdurchschnittsziffer bemerkbar machte. Aus diesen amtlichen Zahlenangaben erhellt als unwiderlegliche Schlussfolgerung, daß die Agrarier mit ihrer Ablehnung der Fleischversteuerung nur wider ihre Sonderinteressen verfahren.

Die entschiedene Haltung des Reichstagspräsidenten auch Mitgliedern des Bundesrats gegenüber behagt den Scharfmachern nicht; sie hoffen, daß seitens des preussischen Staatsministeriums nichts unterlassen werden wird, im Bundesrat eine entschiedene Stellungnahme herbeizuführen, sowohl gegenüber der parlamentarischen Kritik kaiserlicher Aeußerungen, als auch gegenüber den Versuchen, die Nebefreiheit der Bundesratsmitglieder der parlamentarischen Hausdisziplin unterzuordnen. Wir wünschen gleichfalls, daß diesen Fragen näher getreten wird und freuen uns schon heute auf die Auseinandersetzung, die nicht nur uns, sondern auch andere Leute interessiert. So bemerkt z. B. die Nationalzeitung den Scharfmachern: „Je häufiger der Kaiser in die öffentliche Diskussion eingreift, und je offener es ist, daß solches Eingreifen unmittelbare politische Wirkungen hat — die Vorlage über das gewerbliche Arbeitsverhältnis ist doch unteugbar eine Wirkung der Neben von Bielefeld und Deynhaußen! —, um so unhaltbarer wird bei uns die alte konstitutionelle Regel, daß der Monarch außerhalb der politischen Debatte zu lassen ist. Durch ihre Befolgung würde unser öffentliches Leben zu einem großen Teil sich in eine leere Fiktion verwandeln. Es ist sogar fraglich, ob die ziemlich willkürliche Unterscheidung des Grafen Ballestrem auf die Dauer haltbar sein wird, daß kaiserliche Neben nur dann Gegenstand der parlamentarischen Debatte sein dürfen, wenn über sie ein authentischer Bericht vorliegt; denn es kann recht zweifelhaft werden, was als „authentischer“ Bericht anzusehen ist. Wir stimmen dem Minister Brestel darin durchaus zu, daß es ein höchst unerwünschter Zustand ist, wenn im Parlament (und wir fügen hinzu: in der Presse) sozusagen mit dem Monarchen diskutiert wird; aber die Folge kann nur mit der Ursache, kaiserliche Rundgebungen wie die in der Rede von Deynhaußen, ausbleiben. Ähnlich äußern sich auch Organe des Centrums. Wir sehen, die Geschichte kann wieder interessant verlaufen. Wir befürchten nur, daß der Bundesrat die Wünsche der Scharfmacher nicht berücksichtigen wird.“

Nachrichten aus dem Auslande.

Das neue belgische Wahlgesetz ruft einen Sturm der Entrüstung im Lande hervor. In der Deputiertenkammer kam es zu heftigen Szenen. In allen Städten finden Kundgebungen gegen das Wahlgesetz statt. Die Regierung scheint diese Bewegung mit Waffengewalt unterdrücken zu können und hat das folgende verfügt: Vom 3. l. Mts. ab sollen täglich die sämtlichen Sonderkorps der Brüsseler Bürgergarde abends von 6 Uhr ab einberufen werden, um die neutrale Zone, das heißt das kleine Stadtviertel, in dem alle Ministerien und das Brüsseler Königsschloß liegen, zu schützen. Alle Bürgergardisten erhalten die sogenannten Ausstands-patronen. Die gesamte Gendarmerie, Polizei und Feuerwehrr sind vom 3. nächsten Monats täglich konfiguriert; schon sind 40 Gendarmen aus der Provinz nach Brüssel gezogen worden. Am Ende der Geseßstraße, in dem alle Ministerien liegen, befindet sich das Palais du Cinquantenaire; hier werden jetzt die erforderlichen Einrichtungen getroffen, um sofort zwei Bataillone des zehnten Linienregimentes zur Verstärkung der Brüsseler Garnison anzunehmen. Weitere Verstärkungen der Brüsseler Garnison durch Heranziehung flandrischer Truppenteile sind angedacht. Anstatt die Vorlage zurückzuziehen wird das Land in einen Bürgerkrieg getrieben.

Fenilleton.

Selene.

Roman in drei Bänden von Minna Kautsky.

(22. Fortsetzung.)

Lazar erriet alles. Er schloß die Augen zur Hälfte und jener melancholische Zug, der den Rufien im Exil eigen-tümlich ist, trat in sein Gesicht, denn sagte er leise, wie zu sich selbst:
„Alle zarten und zärtlichen Gefühle sind nichts für uns, sie werden zu Fesseln.“
Konrad hatte eine Bewegung der Ungeheuer.
„Es ärgerte ihn, sich durchschauen zu lassen.“
Lazar legte, gleichsam beschwichtigend, die Hand auf seinen Arm:
„Weißt Du, was Reichthum sagt: Je mehr ein Re- volutionsär einem Klotze gleicht, um so näher der Vollkommenheit.“
„Und Du glaubst, daß man sich mit fünfundsiebenzig Jahren zu einer solchen Vollkommenheit emporschwingen könnte?“ gab Konrad gereizt zurück.
Lazar zwang die Achseln. „Man muß eben jucken, rasch älter zu werden.“
Seine Lippen kränkelten sich und wie in Selbstüberpottung sagte er hinzu: „Sieh, es erscheint mir als etwas Vögel- bergangenes und ist doch erst ein Jahr, daß auch ich mit meiner Braut zur Kirche gefahren bin.“
Konrad starrte ihn an. Dann sich gewaltig dem wählenden Schmerz entziehend und zu anderen Gedanken wandelnd, setzte er sich dem Freunde gegenüber: „Du bist verheiratet?“
„Ja.“
„Und wo lebt Deine Frau?“
„In Moskau. Sie studiert Medizin.“

Wie der Internationalen Korrespondenz aus Belgrad gemeldet wird, haben die Oppositionsparteien in den südlichen Kreisen die Steuerverweigerung beschlossen und bereits allgemein organisiert. In der Umgegend von Niisch und Branja wurden mehrere Steuer- und Polizeibeamte von den Bauern erstickt v e r w u n d e t; doch sucht die Regierung alle Mordungen hierüber zu unterdrücken.

Ministerpräsident Waldeck-Roussau sandte ein Rundschreiben an die Präfekten, welches besagt:

Das jetzige Ministerium ist gebildet worden, um der von der Kammer am 12. Juni angenommenen Tagesordnung zu entsprechen. Das Ministerium hat die Aufgabe übernommen, die Republik zu verteidigen, eine Aufgabe, welche den Parteigeist ausschließt. Das genügt, um Ihnen für Verhalten vorzuzurechnen. Sie haben mir über jeden Vorgang Mitteilungen zu machen, welcher eine Verletzung des Gesetzes und eine Störung der öffentlichen Ruhe zur Folge haben könnte. Sie werden nötigenfalls auf Ihre eigene Verantwortlichkeit und zwar ohne Verzug zu handeln haben.

General Galliffet richtete an die kommandierenden Generale der Armeekorps ein Rundschreiben, in welchem es heißt:

Zu meinem großen Bedauern habe ich aus meiner Zurückgezogenheit heraustreten müssen, um gegenüber dem Lande und der Regierung der Republik die Verantwortlichkeit für die Verneinung zu übernehmen und ich empfinde hierüber großen Stolz, durchaus keinen Schreden. Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß ich für die Führer der Armee die Verantwortung trage, wie diese mit gegenüber mit ihrer Person für alles haften, was sich innerhalb ihres Wirkungsbereiches ereignet. Ich zähle also auf Sie, wie Sie auf mich rechnen können.

Im Ministerrate kündigte Galliffet die Veretzung der Generale und Offiziere an, welche sich disziplinwideriger Kundgebungen schuldig gemacht haben.

Die sozialistische Kammerfraktion hatte für Sonnabend abends eine Versammlung einberufen in der Hoffnung, daß die ausgetretenen Mitglieder angesichts der von Waldeck-Roussau den Delegierten der Partei gemachten Versicherungen ihre Demission zurücknehmen würden. Ueber den Ausgang der Verhandlung geht dem Vorwärts folgende Nachricht zu: Ein sozialistisches Einigungskomitee beschloß nach dem Antrage Jaurès, daß Millerand auf eigene Verantwortung gehandelt habe, daß aber die Partei einig sei im Kampfe zur Verteidigung der Republik.

Rebellion in Kiautschou. Aus Tsintau wird vom 23. Juni telegraphiert: Die Einwohner verschiedener um Kwami gelegener Dörfer zerstreuten die von den deutschen Ingenieuren dort unternommenen Bahnbauarbeiten. Die Strafe folgte auf dem Fuße nach. Hauptmann Mauwe, Chef der 1. Kompanie des Seebataillons, wurde mit 80 Mann seiner Kompanie und 16 Reitern an Ort und Stelle geschickt, um die Anführer zu züchtigen. Welcher Art die „Züchtigung“ war, wie viel Menschen ihr zum Opfer gefallen sind, wird nicht mitgeteilt. Vielleicht bringt hierüber die zu erwartende amtliche Bestätigung der Nachricht bald Aufschluß. An unseren überseeischen Besitzungen werden wir noch manche Freude erleben.

Parlamentarische Nachrichten.

Das Abgeordnetenhause erlebte am Sonnabend die Vorlage betreffend Veretzung älterer richterlicher Beamter in den Ruhestand, desgleichen den Nachtragsetat, den Antrag Kirch-Plattberg betreffend die Abänderung der Vorschriften über die Ausübung des Jagdrechts auf eigenem Grund und Boden, sowie den Gesetzesentwurf über die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstückssteuern und die Gründung neuer Anstalten, schließlich in dritter Lesung. Die Charfreitagsvorlage wurde in zweiter Lesung entsprechend dem Antrage der Konservativen im wesentlichen in der Fassung der Kommission des Herrenhauses angenommen. Danach soll der Charfreitag die Geltung eines „allgemeinen, bürgerlichen Feiertages“ haben. In überwiegend katholischen Gemeinden sollen öffentlich bemerkbare, geräuschvolle Arbeiten nur in der Nähe von dem Gottesdienst geweihten Gebäuden verboten werden. Die Nationalliberalen fielen mit ihrem Antrage auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage durch, wonach nur bestimmt werden sollte, daß der Charfreitag die Geltung eines „allgemeinen Feiertages“ haben sollte. Kultusminister Hoffe mußte sich wohl oder übel mit dem Antrage der Konservativen einverstanden erklären. Schließlich wurde noch eine große Anzahl von Petitionen erledigt. Am Montag beginnt die zweite Lesung des Ausbürgerungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Am Dienstag fällt die Plenarsitzung mit Rücksicht auf die Beratung der Kanalkommission aus.

Für die Veretzung der Kanalvorlage wird die Regierung in der Kommission den Agrariern auch weiter die Hand bieten. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sammelt über das betrübende Bild, das die Verhandlungen der Kommission am letzten Donnerstag insoweit geboten haben, als in Gestalt sogenannter „Kompensations-“ Vorschläge Forderungen und Wünsche laut geworden sind, die weder mit der Vorlage noch mit den Forderungen und Folgewirkungen des geplanten Kanalbaues das geringste zu tun haben. Die Regierung läßt aber in dem offiziellen Blatt trotzdem auch für die Fortsetzung der Kommissionsberatungen in der nächsten Woche den Agrariern die beruhigende Versicherung erteilen, daß sie über ihre Kompensationsforderungen „erläuternde und beruhigende Erklärungen abzugeben jederzeit bereit sein“ werde. Damit erleichtert die Regierung den Agrariern die Durchführung ihrer Absicht, die Kanalfrage zu verschleppen. Der von den Agrariern angeregte Gedanke einer Enquete-Kommission, den auch der Abg. Lieber befürwortete, ist, wie verlautet, aufgegeben worden. Auch wenn dieser Verschleppungs-Mißschuß nicht eingedrückt wird, werden die Verschleppungsversuche nicht aufhören, falls nicht die Regierung energischer als bisher dagegen Einspruch erhebt.

Nachrichten aus Magdeburg.

Die Buchhandelsvorlage abgelehnt, das ist das Resultat der ersten Lesung. Die Agitation, welche die gesamte organisierte deutsche Arbeiterschaft gegen das Gesetz „staltet hat, zwang alle Parteien, die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Arbeitervertreter im Reichstage zu unterstützen. Das Gesetz fiel; die Regierung steht vor einer schweren Niederlage. Aber es hieße, sich selbst täuschen, wollte die Arbeiterschaft jetzt die Hände in den Schoß legen und glauben, daß eine weitere Abwehr der reaktionären Bestrebungen nicht mehr nötig sei.

Das Koalitionsrecht ist nach wie vor in Gefahr!

Bei der Abstimmung über die Buchhandelsvorlage hat, neben den Kerntruppen der Reaktion, den Junkern und den Antisemiten, auch ein erheblicher Teil der Nationalliberalen für Kommissionsberatung des Gesetzes gestimmt und der Abgeordnete Lieber erklärte in der Debatte, namens der Centrunspartei, sie wollten die einmal aufgerollte Frage des Koalitionsrechtes benutzen zur Einbringung von Vorschlägen. „Ist die Koalitionsfreiheit im positiven Sinne geschaffen, dann werden wir auch daran gehen, ihre Mißbräuche zu beseitigen.“ Was sind nun „Mißbräuche“? Das Centrum wird manches als „Mißbrauch“ betrachten, was logisch aus der Handhabung des Koalitionsrechtes entstehen muß. So bleibt das Koalitionsrecht gefährdet. Arbeiter Magdeburgs und der Umgegend! Die Situation ist noch nicht geklärt, das Koalitionsrecht ist noch immer gefährdet, die wichtige Frage noch immer in der Schwebe! Eure Aufgabe ist Euch demgegenüber klar vorgezeichnet:

Die Sommermonate müssen zur Agitation benutzt werden!

Das wichtigste Agitationsmittel ist die Presse. Angesichts dieser Situation darf nicht eintreten, was sonst stets zu beobachten ist, daß während der Sommermonate die Presse weniger gelesen wird. Die Presse ist die stärkste Waffe; sie muß geschwungen werden, wenn nicht die Gefahr eintreten soll, daß das Interesse der Massen an der Frage des Koalitionsrechtes während des Sommers erlahmt und beim Wiederzusammentritt des Reichstages die gegnerischen Parteien sich sicher genug glauben, die Hauptänderungsvorschläge der Regierung ins Gesetz hinüberzuretten. Deshalb, Arbeiter, unterstützt Eure Presse, seid unablässig thätig für die Verbreitung der Volksstimme. Vorwärts, Arbeiter! Für Eure Presse! Für Euer Koalitionsrecht! Für die Sozialdemokratie!

Die Arbeiterschaft Magdeburgs wird erneut zum Protest gegen die Buchhandelsvorlage aufgerufen. Veranlassung hierzu giebt die schwächliche Haltung der bürgerlichen Parteien, die noch auf einen Ausgleich mit der Regierung hoffen und deshalb die Entscheidung über die Buchhandelsvorlage bis zum Herbst vertagen. Wir hingegen verlangen die Zurücknahme der Vorlage und ruhen nicht eher bis dieses Ziel erreicht ist. Damit der Protest sich wirkungsvoll gestaltet, haben alle Freunde der Koalitionsfreiheit zu erscheinen. Wir ersuchen daher die Arbeiter der Stadtteile Sudau und Sudenburg um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Das Referat hat Albert Schmidt übernommen.

„Eine Studentin?“
„Zugleich eines der thätigsten Mitglieder unserer Propaganda — ein wackeres Mädchen.“
„Ein Mädchen nennst Du sie?“
„Ich kann sie auch eine mutige Frau nennen, eine treue Gesinnungsgenossin — weiter ist sie mir nichts gewesen.“
„Da hast sie nicht geliebt.“
„Nein, und ich werde sie nie lieben — ich liebe eine andere.“
„Er sagte es ganz ruhig, aber mit großer Bestimmtheit. Konrad schenkte ihm einen Blick sympathischen Mitleids.“
„Ich verstehe, und diese andere ist Dir nun für immer verloren.“
Lazar schüttelte seine roten Locken und seine Brust hob sich höher in stolzer Zuversicht.
„Das will ich nicht hoffen, wir sind einander sicher. Für mich und das Mädchen, das ich liebe und das mich wieder liebt, existieren keine Sagen, die uns trennen könnten, weder hässliche noch kostliche, wir spotten ihrer — aber wir genießen die Erfüllung unserer Wünsche freiwillig.“
„Aber was bewegt Dich denn, eine Ehe mit einer anderen einzugehen? Das war eine bewusste Lüge.“
Lazar lachte höhnisch auf.
„Korollierst Du auch über diese Institution? Wir werden sie erst wieder zu einer moralischen machen, wir werden sie wieder herstellen in ihrer Heiligkeit.“
„Deshalb ich geheiratet habe? Nun, man heiratet doch heute aus dem verschiedensten Motive: aus Habgier, aus Freigebigkeit, aus Groll, aus Liebe selbst, jedes persönliche Interesse ist da ein gültiger Beweggrund, warum soll man nicht einmal aus Parteiliebe einem Mädchen die Hand reichen?“
„Aus Parteiliebe? wie denn?“ fragte Konrad, der plötzlich ganz bei der Sache war.
Lazar richtete mit der Hand über seinen rötlichen Bart:

er schweig eine Weile, und wieder legte sich jener melancholische Zug wie ein Schatten über sein Antlitz.
„Wir kämpfen in Rußland nicht allein gegen den Despotismus des Zaren, wir kämpfen auch gegen den Despotismus in der Familie. Auch hier waltet den Schwachen gegenüber ein rohes, unbarmherziges Regiment. Eine Tochter ist so lange Eigentum des Vaters, bis sie Eigentum des Gatten wird.“
„Sie gehört dem Vater mit Leib und Seele an — mit Haut und Haar — er kann sie verkaufen — oder verschenken — er kann — ja töten kann er sie, wenn er will, sobald sie ihm ungehorsam gewesen ist.“
„Auch hier ist einem Menschen über einen anderen eine ungeheure, unnatürliche Machtfülle verliehen, die gerade zum Wahnsinn führt. So einer will Gebieter sein über jeden Gedanken, über jede Regung des Herzens, und Nebenäußerungen, über die wir selbst keine Macht haben, sollen noch seiner Disziplin unterliegen.“
„Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre! Sofia Alexandrowna, meine Frau,“ fügte er erklärend mit einem feinen Lächeln hinzu, „war die Tochter eines kleinrussischen Edelmannes. Im Kreise seiner Bekannten galt er als ein beschränkter Kopf, über den man sich lustig machte; im Hause war sein Wille das oberste Gesetz.“
„Er hatte seiner Tochter Lehrer und Gouvernanten gehalten, nicht damit sie etwas lerne, ein solcher Ehrgeiz lag ihm fern, sondern aus Eitelkeit und weil es so Mode war.“
„Aus demselben Grunde schickte er sie nach Petersburg, nachdem ihre Mutter gestorben war; sie sollte in eine höhere Bildungsanstalt eintreten.“
„Es war die Zeit, wo die hervorragenden Gelehrten und die angesehensten Adelsfamilien sich für das Frauenstudium interessierten, und es regnete Petitionen an den Zaren wegen Errichtung einer Frauen-Universität für Medizin.“
„Und das zurückgebliebene, autokratische Rußland hat sie bewilligt.“ warf Konrad lebhaft ein, „es bleibt etwas Unerklärliches.“ Lazar zuckte die Achseln. (Fortsetzung folgt.)

Den Mitgliedern sämtlicher Krankenkassen zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 1. Juli, im Luisenpark eine Versammlung tagt, in der Dr. Freudenberg Berlin über die Bedeutung des Tuberkulose-Kongresses für die Arbeiter, sowie über den Nutzen der Centralisation der Ortskrankenkassen, und Albert Schmidt über die Bestrebungen zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht in Magdeburg referieren wird. Auf diese hochwichtige Versammlung machen wir bereits heute um deswillen aufmerksam, damit die Mitglieder sich rechtzeitig hierauf einrichten können. Die Versammlung muß Punkt 8 Uhr beginnen.

Redakteur Haupt soll den Hotelier Richard Hoff beleidigt haben. Zur mündlichen Verhandlung und gütlichen Einigung ist am Donnerstag den 29. Juni vor dem Schiedsrichter des 17. Stadtbezirks Termin angelegt.

Bei den hiesigen Regimenten sind jetzt etwa 1000 Landwehrlente zur Ableistung einer vierzehntägigen Übung einbezogen worden. Bei jedem der beiden Regimenter sind drei Landwehrlinien gebildet worden. Die Leute sind in den Kasernen untergebracht worden. Bei dieser Gelegenheit wollen wir auf die Unterstützungsgelüste der Übungspflichtigen nochmals aufmerksam machen. Der Anspruch auf Unterstützung der Familienangehörigen ist bei der Gemeindebehörde des Orts zu erheben, an dem der Einberufene zur Zeit vor der Übung seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hatte. Es genügt etwa folgendes Schreiben: „An den Magistrat (Gemeindevorstand) von ... Ich bin (war) vom ... bis ... zu einer Reserve- (Landwehr-) Übung einbezogen. Ich beantrage für meine Familie die ihr zustehende Unterstützung. Meine Familie besteht aus meiner Frau und ... Kindern. Die Kinder sind geboren: Geburtagang ... August am ... ufm. (Datum, Name, Wohnort.) Der Anspruch erlischt, wenn er nicht spätestens binnen 4 Wochen nach Beendigung der Übung erhoben wird. Die tägliche Unterstützung beträgt für die Ehefrau 30 Prozent, für jedes Kind unter 15 Jahren 10 Prozent, insgesamt aber für die ganze Familie höchstens 60 Prozent des ortsblichen Tagelohns. Solche Unterstützungen sind keine Armen-Unterstützungen. Wo der ortsbliche Tagelohn 3 Mark beträgt, beträgt also der höchste Satz 1.80 Mark; wo er 2.70 Mark beträgt: 1.82 Mark täglich.“

Verbot des Betretens des Wiedererger Büsches. Die Forstverwaltung giebt bekannt, daß während der Rennzeit des Sächsisch-Thüringischen Reiter- und Pferdezeitvereins am 1. und 2. Juli d. Js. wird das Betreten des Wiedererger Büsches außerhalb der öffentlichen Wege von 12 Uhr mittags bis zum Schluß des Rennens verboten.

Erhängt. Sonnabend Morgen ist in der Nähe der Sonnenuhr im Garten die Leiche eines in den 40er Jahren stehenden Mannes, der sich erhängt hatte, aufgefunden. Nach dem Aussehen der Leiche muß das Erhängen schon vor mehreren Tagen erfolgt sein. Man vermutet, daß es die Leiche eines Mannes aus der Neustadt ist, der schon seit acht Tagen vermißt wird.

Unfall. Der Knabe Paul St. ist beim Spielen von einem Malergerüst in der Schönebeckstraße gefallen und hat dabei eine ausgedehnte Lappenzwunde am Kopf erhalten. Er fand Aufnahme in der altstädtischen Krankenanstalt.

Ein Erfolg der Debatte über die Zuchthausvorlage. Betreffs der amtlichen Ausstands- und Ausperrberichte haben die Minister des Innern und des Handels folgende Verfügung erlassen:

Da für die in die Nachweisungen über die Ausstände und Ausperrungen aufzunehmenden Angaben die Ortspolizeibehörden im wesentlichen auf Erkundigungen bei den Beteiligten angewiesen sind, so erscheint es, damit ein möglichst objektives Bild des Sachverhältnisses genommen werde, erforderlich, daß bei diesen die Interessen beider Teile berückichtigend Erkundigungen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer veranlaßt werden. Die Ortspolizeibehörden sind daher mit entsprechender Weisung für die Sammlung des Materials zu versehen, und es ist zugleich Anordnung zu treffen, daß bei der Nachprüfung der Nachweisungen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten in thunlichstem weitem Umfange beteiligt werden.

Wenn die Regierung anerkennt, daß durch Befragung der beiden beteiligten Teile erst ein objektives Bild zu gewinnen ist, so erkennt sie zugleich an, daß das in der Denkschrift gegebene Bild ein nicht-objektives ist. Die notwendige Folge dieses Anerkenntnisses müßte die sofortige Zurückziehung der auf ungenügender Erkundigung beruhenden Zuchthausvorlage sein. Wir werden im Laufe der Zeit nachweisen, daß die Mitteilungen aus Magdeburg, welche die Denkschrift wiedergiebt, keineswegs objektiv sind.

Gerichtliche Urteile.

Sandgericht Magdeburg.

Der diemals vorbestrafte Pferdehändler Friedrich Hoyer zu Sudenburg, geboren 1859, verübte im Sommer 1898 seine letzte Freiheitsstrafe in Halle und traf dort mit dem ihm von der Schulzeit her bekannten Fleischer Ernst aus Morl zusammen, der ihm angeblich 1000 Mark für eine Braut in Hamburg, er heiratete sie aber nicht, sondern nahm nur ihr Geld. Als Hoyer am 20. Juli entlassen wurde, reiste er nach Hamburg und erkundigte, daß die Witwe Kinde die Braut des Ernst war. Sie war 44 Jahre alt und Mutter von sechs Kindern, besaß aber zwei Cigarrengeschäfte und hatte ein Sparcassenguthaben von 1400 Mark. Da Hoyer mittellos war, plante er, sich in dem Besitz ihres Vermögens zu setzen und schwindelte ihr vor, ihr Prätigam Ernst habe noch mehrere Jahre Gefängnis abzubüßen, er sei ein großer Strolch, der sie doch nicht heirate. Dagegen habe er — vermögende Väter und möchte gern heiraten. Die leichtgläubige Witwe ließ sich dadurch beiführen, von Ernst abzulassen und mit Hoyer zusammen zu leben. Er veranlaßte sie, ihre Geschäfte in Hamburg aufzulösen, das Sparcassengeld abzugeben und in Sudenburg auf seinen Namen ein neues Cigarrengeschäft zu eröffnen, während er nebenbei den Pferdehandel betrieb. Um das ganze Vermögen der Witwe käuflich zu machen und insbesondere die vorräthigen Tabake und Cigarren loszuschlagen, engagierte Hoyer auf dem Pferdeamt zu Herbst den damaligen Koppelmeist, jetzigen Kaufmann Richard Gänse zu Beesen, geboren 1866, der früher Kaufmann gewesen und ebenfalls diemals vorbestraft war. Dieser soll von dem betrügerischen Treiben des Hoyer Kenntnis gehabt haben und ihm trotzdem beifällig gewesen sein, die Pferdeabgabe zu verkaufen. Als der Fleischer Ernst aus dem Gefängnis entlassen wurde und erfuhr, welchen Streich ihm Hoyer gespielt hatte, suchte er die Witwe Kinde auf, teilte ihr den Sachverhalt mit und bewog sie, den Hoyer, der sich gerade auf dem Pferdehandel in Halle befand, am 23. Oktober wegen Betrugs verhaften zu lassen. In seinen Händen befanden sich noch 866 Mark. Geschädigt soll die Witwe um mehrere Tausend Mark sein. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme konnte dem Hoyer eine Strafmilderung nicht nachgewiesen werden. Es lagen daher die Voraussetzungen des Betrugs nicht vor und der Gerichtshof sprach die beiden Angeklagten frei.

Nachrichten aus der Provinz.

Sieben. (Eine mutige That.) Kürzlich befand sich im rätischen Krankenhause hier ein Kranter, der eine sehr schwere Kopfverletzung erlitten hatte, deren Heilung Assistenzarzt Dr. König nur dann für möglich hielt, wenn am der betr. Stelle ein Stück völlig gesunde Haut übertragen und zum Anwachsen gebracht werden könnte. Der Kranke sollte zu diesem Zwecke ein Stück Haut aus seinem eigenen Arme dazu hergeben, dessen er sich aber weigerte, worauf Dr. König

kurz entschlossen ein Stück Haut aus seinem eigenen Arme schnitt und dasselbe mit gutem Erfolg übertrug.

Langensalza. (Selbstmord.) Der Lehrer W., langjähriger Pfarrer, hat seinem Leben ein Ende gemacht. Er hatte Kirchengelber unterschrieben.

Schiffverbrechen. (Uebervahren.) Von dem Wagen seines eigenen Vaters wurde der 6-jährige Sabinißel überfahren und getödtet.

Torgau. (Mit Klappattonen gespielt.) Ein 11-jähriger Schulknabe fand eine Klappatton. Er geschlug sie mit einem Stein. Die einzelnen Teile führten ihm ins Gesicht und zersplitterten die Nase.

Torgau. (Verichtigung.) Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Nr. 127 dieses Blattes befindet sich auf Seite 3 des Hauptblattes ein Artikel, welcher folgende Angaben enthält: Um jeden Flucht- und Selbstmordversuch Bräuer's unmöglich zu machen, ist der Mörder vollständig in Eisen geschlossen und an die Wand seiner Zelle gelockt. Bei Tage ist ihm eine 20 Pfund schwere Eisenkugel an die Hände angehängt, die er, da er schwer angefaßt ist, unablässig tragen muß. Nachts wird er berührt gefesselt, daß er die erste Hälfte der Nacht auf der einen, die andere Hälfte auf der anderen Seite liegen muß. Diese Angaben sind unrichtig. Torgau, den 22. Juni 1899.

Der Erste Staats-Anwalt.

Wir haben bereits früher unserer Freude Ausdruck gegeben, daß die von einem Amtsblatte ausgesprochene Behandlung eines Gefangenen unbillig ist.

Nachrichten aus dem Reiche.

Fressen. (Raubmord.) Die in der Wettinerstraße 21 im zweiten Stockwerk wohnende 71-jährige Frau Amalie Gernsdorf, Witwe eines Thauspinner-Einnehmers, wurde Sonntagvormittag 10 Uhr von einem bis jetzt noch nicht bekannten Individuum durch Ermürgen getödtet. Der Mörder entfloh, nachdem er die Wohnung ausgeraubt hatte. Es soll ein Schlossergeselle sein, der unter dem Vorgeben, ein Zimmer mieten zu wollen, sich bei der alleinstehenden Witwe eingeführt hatte. Der Raubmord erregt hier großes Aufsehen.

Kassel. (Fehlbetrag in der Kasse.) Landesrentmeister Barthelme hat sich dem Gericht gestellt. Er soll 60 000 Mark Fehlbetrag eingestanden haben. Seine Verhaftung soll bereits angeordnet gewesen sein.

München. (Diebstahl.) Aus Diebesgram hat sich Mittwochabend in München ein 12-jähriges Mädchen ertränkt.

Notenburg. (Der Herr Sergeant als Volksschullehrer.) Wie die Hessische Schul-Zeitung mitteilt, hat sich um die am 1. Juli zur Eröffnung kommende Schulpflicht in Hergershausen bei Notenburg ein wegen Krankheit verabschiedeter Sergeant aus Erfurt beworben. Glück auf!

Pittau. (Den Kopf zerquetscht.) Auf gefährliche Art ist dieser Tage der Gutsbesitzer Dueser in Dittelsdorf sein Leben gekommen. Er wurde von einem hochbeladenen Fuhrwagen so unglücklich an eine steinerne Thor Säule gedrückt, daß der Kopf förmlich zerquetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Der Friedensschluß im Berliner Baugewerbe.

Die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht sind zu einem heile Teile zufriedenstellenden Abschluß gekommen! Nach wiederholten Beratungen, die im ganzen ca. sechs Stunden währten, macht das Gewerbegericht die folgenden Vorschläge:

1. Die Arbeit wird am 27. Juni 1899 morgens wieder aufgenommen. Die von den Arbeitgebern verhängte Aussperrung wird zum gleichen Tage aufgehoben.
2. Der Lohn beträgt bis zum 31. Dezember 1899 einschließlich 60 Pfg. pro Stunde, vom 1. Januar 1900 bis 30. September 1900 einschließlich 62 1/2 Pfg., vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 einschließlich 65 Pfg. Der Lohnsatz für durch Unfall, Alter, Invalidität minder leistungsfähige Gesellen, sowie für Junggesellen im ersten Gesellenjahre, soweit dieselben bei ihrem Lehrmeister thätig sind, unterliegt der freien Vereinbarung. Die Arbeitszeit beträgt 9 Arbeitsstunden. Den Arbeitgebern und Arbeitnehmern steht es frei, das Arbeitsverhältnis jederzeit ohne Kündigung und ohne Angabe von Gründen aufzuheben.
3. Es wird eine Kommission gebildet, welche aus 9 Arbeitgebern und 9 Arbeitnehmern besteht. Die Wahl der Mitglieder dieser Kommission erfolgt durch die Arbeitgeber beziehungsweise die Organisationsorgane der Arbeitnehmer. Unter den Arbeitnehmer-Mitgliedern sollen mindestens je ein Mitglied der Central-Organisation, der Lokal-Organisation und der Gewerkschaftskommission angehören. Die Geschäftsordnung der Kommission wird von dieser festgelegt.
4. Der unter Nr. 3 bezeichneten Kommission liegt die Regelung der Arbeitszeit, Pausen, Lohnverhältnisse, Einrichtung der Arbeitsstätten und ähnlicher Punkte, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ob.
5. Bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann gegen Entscheidung der Kommission nur binnen 3 Tagen nach der Bekanntmachung der Entscheidung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts angerufen werden.
6. Bis zur endgültigen Entscheidung durch die Kommission oder das Einigungsamt dürfen Bauherren unter keiner Bedingung verhängt werden. Nach der endgültigen Entscheidung sind Bauherren nur zulässig, wenn der Entscheidung nicht Folge geleistet wird.
7. Anlässlich im Herbst hat die unter Nr. 3 bezeichnete Kommission zusammenzutreten und die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die Bauperiode des nächsten Jahres festzusetzen. Der Entscheidung der Kommission haben sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu unterwerfen. Zum ersten Male tritt die Kommission zu diesem Zwecke im Herbst 1899 zusammen, um über eine anderweitige Festsetzung des Lohnes für die Zeit vom 1. Oktober 1900 bis 31. März 1901 zu beschließen.
8. Sowohl die centrale wie die lokale Organisation der Maurer, sowie die Gewerkschaftskommission verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß zur Aufrechterhaltung dieser Bedingungen einzusetzen und im Widerspruch mit denselben ausbrechende Streiks nicht zu unterstützen.
9. Maßregelungen infolge des hierdurch beigelegten Ausstandes finden nicht statt.

Es ist zweifellos, daß die Arbeiter den Beschlüssen zustimmen werden, die ihre berufenen Vertreter mit den Arbeitgebern vereinbart haben. Die Arbeitnehmer haben von ihrer Forderung von 65 Pfg. pro Stunde zwar abgesehen, nichtbedeutender bedeuten die getroffenen Vereinbarungen für sie eine große Ertrungenschaft. Im nächsten Jahre bereits werden die Vollgesellen den 65 Pfennig-Stundenlohn erhalten, ohne daß sie aufs neue darum zu kämpfen haben werden. Die Unternehmer haben mit der Bewilligung desselben auch anerkannt, daß die neuesten Lohnforderungen der Arbeiter nichts weniger, als frivol seien. Ihrem Einverständnis, daß sie den Lohn jetzt, nachdem sie die Voraussetzungen gemacht, nicht zahlen können, ist mit der stufenweisen Einführung des 65 Pfg.-Lohnes begegnet worden. Gegen die Lohnhöhe selbst, die in den Verhältnissen des Baugewerbes ihre volle Berechtigung findet, konnte in der That von den Vertretern der Unternehmer nichts wesentliches angeführt werden. Die Vereinbarungen, die nun auf längere Zeit die Lohnhöhe festlegen, und deren Aenderung von jedwem maligen Verhandlungen zwischen beiden Parteien abhängig gemacht sind, bringen für beide Teile nicht zu verachtende Vorteile.

Kleine Chronik.

Rußlands Vorschreiten. Einer Meldung aus Pittsburg zufolge schloß die Carnegie-Gesellschaft einen Kontrakt ab auf Lieferung von 180 000 Tonnen Stahlschienen an Rußland im Laufe von 26 Monaten. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß der Preis nicht weniger als 25 Dollar pro Tonne betrage. Die Schienen seien für die russischen Bahnen von Sibirien nach China bestimmt. Die Stadt Carissa in Mexiko ist durch den Ausbruch des Rio Grande weggespült. Die Einwohner flüchteten verzweifelt; gleichwohl sind viele erkrankt.

Vereine, Versammlungen, Vergütungen.

Achtung, Schmiebel! Dienstag Abend 8 1/2 Uhr öffentliche Schmiebel-Versammlung bei Großthum, Kl. Klosterstraße 15/16.

Am Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, findet die Versammlung der Schmiebel-Vereinigung statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, die gegen die Fünfklassen-Kassensache sind, dort zu erscheinen, da die Fünfklassen eine bezügliche Kasse einrichten will.

Die Delegierten der hiesigen Krankenkassen zum Tuberkulose-Kongress und der Krankenkassenkonferenz werden anlässlich der am kommenden Sonnabend tagenden Versammlung sämtlicher Krankenkassenmitglieder zu einer Vorbesprechung am Mittwoch, den 28. d. Mts., abends Punkt 8 Uhr, in der Burgstraße, Tischlerstraße, eingeladen.

Gewerkschaftskartell Burg. Am Dienstag, den 27. Juni, abends 8 1/2 Uhr, außerordentliche Kartellversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Delegierten ist notwendig. Der Vorsitzende.

Dienstag, 27. Juni:

Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.

Arbeiter-Sportverein „Vorwärts“. Jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr Übungssabende bei U. Buchlow, Katharinenstraße 5.

Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luisenpark“.

Arbeiter-Turnverein Angola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.

Arbeiter-Gesangverein Alte Neustadt. Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde bei Seemann.

Naturheil- Verein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Adressenliste, Breitenweg 31, Übungssabende: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Turnverein Neustadt. Übungssabende Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“, Leipzigerstraße.

Männer-Turnverein Groß-Dittersleben. Jeden Dienstag und Donnerstag Turnstunde abends 8 Uhr im „Goldenen Stern“.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lausch.

Freie Turner-Vereine. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Hoppe.

Arbeiter-Turnverein Othenstedt. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei U. Schinte.

Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger“.

Niederndobeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.

Letzte Nachrichten.

Provinz Sachsen. In den ländlichen Distrikten ist in den letzten Tagen eine Broschüre, betitelt:

Ausbreitungen

bei

Arbeitskämpfen

dargestellt

nach der dem „Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ beigegebenen Denkschrift

verbreitet worden. Das Machwerk ist von dem „Vaterlandsverein Berlin“ herausgegeben — und ist nichts weiter als die im Reichstage von allen Parteien zerzauste und von der Regierung preisgegebene Denkschrift zur Zuchthausvorlage. Mögen unsere Genossen als Gegenagitation die parlamentarischen Verhandlungen über die Zuchthausvorlage verbreiten.

In auswärtigen Blättern suchen die hiesigen Schmiebelmeister Schmiebelgesellen. Die Arbeiterblätter wollen bekannt geben, daß die hiesigen Schmiebelgesellen sich in einer Selbstbetriebsbewegung befinden. Die ganz beschriebenen Forderungen der Schmiebelgesellen sind rundweg abgelehnt worden. Sämtliche Schmiebelgesellen haben die Kündigung eingereicht. Der Ausstand beginnt am 3. Juli.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 17,00—21,00 Speisebohnen (weiße) 17,00—38,00. Binten 25,00—47,00. Kartoffeln 5,50—6,00. Nischstroh 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Feu 5,20—6,60. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 0,92—1,04, von der Keule 1,40—1,50, Bauchfleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,10 bis 1,30. Sped (geräuchert) 1,60. Eßbutter 2,00—2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,60—3,40.

Briefkasten.

F., Queblindurg. Wird besorgt. — S. D. Der neue französische Ministerpräsident Waldeck-Roussieu war 1895 Präsidentenwahlkandidat. Er erhielt 144 Stimmen, trat aber zu Gunsten Felix Faures von der Kandidatur zurück.

Protest gegen die Zuchthausvorlage.

Fernersleben (Witwe Lausch): Montag, den 26. Juni, abends 8 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Magdeburg (Friedrichsplatz): Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Queblindurg (Vorwärts): Sonnabend, den 8. Juli, abends 8 Uhr. Redner: Albert Schmidt.

Nieder mit der Zuchthausvorlage! Hoch das Koalitionsrecht!

Die Volksversammlungen in Garby und Salze a. S. am Sonnabend und Sonntag waren äußerst zahlreich besucht. Wir haben in der Wahlkampagne keine ähnlich stark besuchten Versammlungen gehabt, so sehr hat die Zuchthausvorlage die arbeitende Klasse aufgereizt. Nach den mit vielem Beifall aufgenommenen Referaten des Abg. Albert Schmidt wurden Protestresolutionen gegen die Zuchthausvorlage angenommen.



Singer Nähmaschinen
für
jede Branche der Fabrikation
wie für jede
Häusliche-Näharbeit.

Die Nähmaschinen der Singer Co. verdienen ihren Weltruf der vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. Der stets zunehmende Absatz, die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen und das über 40jährige Bestehen der Fabrik bieten die sicherste und vollständige Garantie für die Güte unserer Maschinen.

Kostenfreier Unterricht in der Modernen Kunststickerei.
Singer Kraftbetriebs-Einrichtung neuester Konstruktion. Singer Elektromotoren, speziell für Nähmaschinen-Betrieb, in allen Größen.

Singer Co. Nähmaschinen
Act. Ges.

Hermann Klingenberg

Dampf-Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik
Magdeburg-Neustadt

empfehlen
seine Spezialitäten im Einzel-Verkauf
zu Fabrikpreisen.

| | |
|---|--------------------------|
| ff. Brausebonbonen-Doubon | à Stück 4 Pf. |
| bei Abnahme von 100 Stück im Karton | à Stück 3 Pf. |
| Pfeffermünz-Bastillen, sehr scharf im Geschmack | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Pfeffermünz-Pläschen, klein, scharf im Geschmack | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Cognat-Praline, ff. | ¼ Pfd. 20 Pf. |
| Crema-Praline, 10 bis 12 Füllungen | ¼ Pfd. 17, 20 und 25 Pf. |
| Haushalt-Schokolade, gar rein, Kakao und Zucker, 1/2-Pfd.-Tafeln in Staniol | à Tafel 18 Pf. |
| Haushalt-Schokolade, in 10 Pfd.-Kartons in Staniol | à Kart. 7.50 Mk. |
| Doubon-Abfall | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Doubon-Abfall, bei Abnahme von 5 Pfd. | à Pfd. 28 Pf. |
| Säuerlinge, fein im Geschmack | ¼ Pfd. 10 Pf. |
| Simonaden-Doubon, fein ämmerlich | ¼ Pfd. 10 Pf. |
| Cathon-, Sontig- und Malz-Doubon | ¼ Pfd. 10 Pf. |
| Althee-, Zwiebel- und Anis-Doubon | ¼ Pfd. 10 Pf. |
| Simbeeren, fein mit Säure | ¼ Pfd. 10 Pf. |
| Liquor-Simbeeren, feine Füllung | ¼ Pfd. 20 Pf. |
| Schokoladen-Liquor-Kaffeebohnen | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| bei Abnahme von 5 Pfd. | ¼ Pfd. 50 Pf. |
| Bruch-Schokolade, garantiert rein, Kakao und Zucker | ¼ Pfd. 20 Pf. |
| Stern-Kakao-Pulver, garantiert rein | ¼ Pfd. 40, 45, 50 Pf. |
| bei Abnahme von 1 Pfd. 1.20 Mk. | |
| Mandel-Nuß-Praline | ¼ Pfd. 25 Pf. |
| Vanille-Pulver, hell | ¼ Pfd. 13 Pf. |
| Suppen-Pulver, dunkel mit Gewürz | ¼ Pfd. 10 Pf. |
| Suppen-Pläschen | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Sahnen-Schokolade | ¼ Pfd. 25 Pf. |
| Vanille-Cacis, à Pfd. | ¼ Pfd. 20 Pf. |
| Albert-Cacis, à Pfd. | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Marie-Cacis, à Pfd. | ¼ Pfd. 10 Pf. |
| Ruß-Schokolade in Tafeln | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Eisen-Schokolade für Blutarme | à Tafel 15 Pf. |
| Liebesperlen und Pfeffermünz-Creme-Kugeln | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Kofschütz-Praline | ¼ Pfd. 15 Pf. |
| Pfeffermünz-Bruch | ¼ Pfd. 20 Pf. |
| Schokolade-Pläschen, garantiert rein | ¼ Pfd. 25 Pf. |
| Schokolade-Pläschen, befeuchtet | ¼ Pfd. 20 Pf. |
| Krämel-Schokolade, rein Kakao und Zucker | ¼ Pfd. 25 Pf. |

Bei Abnahme größerer Posten nach Preisermäßigung.
Der Verkauf findet in der Fabrik **Abendstraße 1**, und in meinen Fabrik-Niederlagen **Seilerstraße, Kaiserstraße, Ecke Wilhelmstr., Breiteweg 116, Sternstraße am Seifenbäckplatz, Sankt, Schönebiederstraße 11, Wilhelmstraße, Diederstraße, Ecke, Neustädterstraße 8, Bismarckstr. 13, Fabrikstr. 5 und 6** statt.

Hermann Klingenberg
Dampf-Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik
Magdeburg-Neustadt

Burg **Burg**

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung

am Dienstag, den 4. Juli 1899, abends 8 1/2 Uhr im „Hoffjäger“.

Tages-Ordnung:
1. „Vom wandernden Zigeunervolk.“ Ethnographische Schilderung der Sitten und Gebräuche der Zigeuner. Referent: Richard Laube - Leipzig.
2. Diskussion.
Die Frauen sind besonders zu diesem Vortrage eingeladen. Gleichzeitig teilen wir den Genossen mit, daß unser diesjähriges Gewerkschaftsfest am Sonnabend, den 15. Juli, stattfindet. Der Volkshumorist B. Strzelowicz hat sein Erscheinen zugesagt.
Das Gewerkschaftsstatut.

Öffentl. Schmiedeverammlung

am Dienstag, den 27. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr bei Grothum, Kleine Klosterstrasse 15/16. Da die hiesigen Meister Gejellen suchen, ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen. Die Lohnkommission. J. A.: Paul Kut, Thranenberg 16/17.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbureau
Kleine Klosterstrasse 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts. Fernsprech-Anschluß 1409.
Geöffnet: Vormittags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfalls-, Invaliditäts- und Krankenversicherung, Privatfachen, Armenrecht, Mietsverhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
Gesucht werden:
Ofenheizer, Tischler, Schmiede, Schuhmacher, Schneider, Tapezierer, Barbier, Fellner, welcher 100 Mark Kaution stellen kann, und ein Hausburche für Garten-Etablissement.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
Geöffnet: Männl. Abteilung von 7-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm. Weibl. 9-1 " 5-7 " "
Fernsprechanschluß: Rathaus Nr. 2150-2155.
Es werden gesucht:
Männliche Abteilung:
4 Fuhrknechte, Bergleute nach Gnadau, 1 Barbier, 3 Schuhmacher, 2 Maler, 1 Anstreicher, 1 Buchbinder, 3 ältere Möbelschleifer, 2 Faconschraubendreher, 1 Klempner, junge Haus- und Laufburche, 1 Kürschnerlehrling und 1 Tischlerlehrling unter günstigen Bedingungen.
Weibliche Abteilung:
Stütze, möglichst im Schneidern bewandert, Zimmermädchen für Hotels, sowie Dienstpersonal aller Art.

Wahre Wunderfinder

erhält man von **Karl Kochs Nährzwieback**
Derselbe bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt Knochen und ist wegen seines hohen Nährwertes geeignet, das Kind vor den Folgen fehlerhafter Ernährung, als: Skrophulose, Drüsen, Darmkatarrh, Rachitis, Knochenkrankheiten usw. zu schützen. In Dosen und Paketen zu 10, 20, 30 und 60 Pfg. Verkauf nur allein echt in Originalpackung bei Haupt-Depot:

- Adolf Häuber Nachf., Magdeburg
W. Lamm jr., Magdeburg, Tischlerstraße
Ewe. Matthias, Berlinstraße 25
Magdeburg-Sudenburg: H. Starkloff,
P. Markowski (Rezept-Drugerie)
Magdeburg-Kenndorf: H. Nachtwey,
Schmidstr. Gustav Graf, Friedr. Paul, Drogueriehandlung, Breitenweg 101,
G. Wehmeyer (Germania-Drugerie)
Dresden: E. Pensky, Rojanapothek
Staßfurt: F. Hedicke, F. M. Kilian,
Schiffstraße 15, Frz. Henkel,
C. Hauke.
Schönebeck: Germania-Drugerie, Gust. Minkas, F. M. Kilian, Marktstraße 15, C. Hauke.

Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!
Herren- und Knaben-Stiefeln, Schäftel, Schnür- und Halbschnür, Damen- und Kinder-Stiefel, Knöpf-, Schnür-, Galt- und Stundstühle, Socken, Pantoffeln. Auch einengr. Posten hochleganter Schuhwaren aus der Graniöser Konstruktionsweise stammend.

Nur Henstadt, Schmidstr. 44.

Aufträge nehme entgegen & Vermittlung v. Tischlerarbeiten, Uhrmacher, Schmiedegeräte, f. Herren u. Damen in Gold, Silber, Nickel, Eisen, Tafel- u. Tischgeschirr & Porzellan. Mit Kapitolanern habe genau zu Diensten. D. Burggarten, Fernsprecher, Marktstr. 7
Möbel, Spiegel und Polsterwaren
neue Arbeit, empfiehlt
C. Dittmar, Tischlermeister
Tischlerstr. 26. 505
* Ein gut erhaltener Kinderwagen zu verkaufen. Dittmar, Sudenburgerstr. 8, 3 Tr.

Kur- u. Bade-Anstalt

4 Große Schwimmbecken
Jah. H. Frickhoff
Siefertstr. 11. Spezialitäten.
Verfügbare Erweichung:
Dr. med. Grünberg, täglich von 3-4 Uhr. 1796

junge Kanarienvogel-Weibchen

1698
Kaufe
fortwährend.
Hähne: Preis n. Gesangsleistung.
J. Tischler, Annastraße 25.
Kräftigen Mittagstisch zu 30 Pfg. in der Schank- und Speisewirtschaft Mottebstraße 21. 489
Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen
Hauptwache 5 und Schmidstr. 61.
Dienstag: Linsensuppe mit Rindfleisch.
Mittwoch: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Donnerstag: Bohnensuppe mit Hammelfleisch.
Große und Kinder-Volksküchenmarken sind für Vereine und Herrschaften zur reellsten Unterstützung für Nothleidende von 12-2 Uhr in den Volksküchen: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidstr. 61, zu haben.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims, Breitenweg 82, 1 Tr.

Dienstag: Brotweinsuppe, Carbonade, Salat, Kartoffeln.
Mittwoch: Brühuppe mit Eiergrauen, Kalbfleisch mit holländischer Sauce, Salzkartoffeln.
Donnerstag: Erbsensuppe, junge Mohrrüben, falscher Haase, Salzkartoffeln.
Freitag: Brühuppe mit Graupen, gebratene Leber, Kartoffelsalat.
Sonntag: Kartoffelsuppe mit Würstchen, Reispanne.

15 Küchenschränke

werden einzeln mit einer Anzahlung von **Mk. 5.00** und wöchentlicher Abzahlung von **1.00 Mark** an abgegeben.
S. Osswald
Ulrichstraße 14
1737 1. Etage
gegenüber der Ulrichskirche.

Natur-Heil-Anstalt
1a Schrotborferstr. 1a
(Für Krankenkassenmitglieder).
Dr. med. Diettrich.
Tägl. 3-4 Uhr. 1841
Gustav Jacobs.

* W. Thiel, Schuhmacher, Elbstraße 5, macht gute und starke Arbeit.
* Ein Dalbrenner billig zu verkaufen. Zimmermannstraße 14, Hof, 3 Treppen.

1. Hypothek!

2000 Mark werden auf Acker mit Spargelanlage per sofort gesucht in Magdeburger Börde. Off. u. R. F. Exped. d. Bl.

Anschläger gesucht

Gr. Wein- hofstraße?
Tüchtige Ausputzer 52- sucht A. Rosenberg, Kolbiserstraße 8.
Schuhmacher wird aufgenommen
Leiterstr. 5, v. 2 Tr. Pölmars. 1536
Gutes Logis Stephansbrücke 36, S. 3 Tr.
Frdl. Logis Grünstraße 14a, 2 Tr.

Verloren ging am 11. Juni von der Friedrichstr. bis Frankenstr. eine Cylinder-Reumontier-Uhr, Nr. 14719, mit Kette. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe abzugeben Frankenstr. 31, Dittersleben, H. Schmsdorf.

Walhalla-Theater.
Jeden Abend:
Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Viktoria-Theater.

Montag, den 26. Juni 1899:
Abschieds-Gastspiel der Königl. preuß. Hoftheaterin Lisa Friedhoff vom Hoftheater in Hannover.
Der Cine weint,
der Andere lacht.
Schauspiel in 3 Akten von Dumas und Keranton.
Deutsch von Heinrich Laube.
Schauspiel in 1 Akt von Ernst Wohl.

Cirkus-Sommer-Theater.

Heute Dienstag:
Elite-Abend.
Beispielloser Erfolg
des
ganzen Spielplans!
Dauerkarten gültig.

Unserm Freund A. Gahn zu seinem 42. Geburtstag ein donnerndes Lebehoch! 1858 Die Stammgäste von Meier.

Todes-Anzeige.

Am 24. d. M. früh 1/1 Uhr entschlich sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter und Tochter **Emma Pehle geb. Schirmer** im 37. Lebensjahre. Um stillen Beileid bitten
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr von der Kapelle des Westfriedhofes ab statt. 534

Standesamt.

Neustadt, 24. Juni.
Eheschließungen: Eisenbahnarb. Joh. Tschynski mit Elisabeth Köpp. Maler Willy Felgenträger mit Wilhelmine Orlemünde. Dachdecker Albert Kugeler mit Helene Herzberg.
Geburten: Martha, T. des Tischlers Rob. Kreuzer. Richard, S. des Porzellan-drehers Richard Kreibitzbaum. Hans Albert Ernst, unehelich, Franz, S. des Maschinen-lösers Gustav Kaufmann. Ernst, S. des Arbeiters August Reimann. Johannes, S. des Apothekenbesizers Karl Diesterweg. Cracau.
Geburten: Friedrich Ernst, S. des Arbeiters Friedrich Ernst Cotte in Cracau. Richard Willy, S. des Zimmermanns Heinz. Friedrich Gustav Reumann in Cracau.
Todesfälle: Arbeiter Andr. Frankemann in Preßer, 65 J. 8 M. 13 T. Elise Paula, unehel., 10 M. 10 T. Arbeiter Wilhelm Friedrich August Lemde in Cracau, 30 J. 8 M. 9 T.

Centralverband d. Maurer Deutschlds.

Filiale Magdeburg.
Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr im „Drei-Kaiserbund“

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Das Unternehmertum und die Regierung im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft.
Das Referat hat Genosse Otto Soß übernommen. Um zahlreiches Erscheinen bitten
Der Vorstand.

Grosse Volksversammlung

am Mittwoch, den 28. d. Mts., abends 8 Uhr im Saal zu Friedrichstr.
Tages-Ordnung:
Die Zuständigkeitsfrage im Deutschen Reichstage und welche Seiten haben wir auf der Sachangelegenheit? Referent: Reichstags-Abgeordneter Albert Schmidt.
Um zahlreiches Erscheinen bitten
Der Secretar des Vereins der Sozialdemokraten Magdeburgs.